



# Kosovo

## Länderinformation

 **Bundesministerium**  
Europäische und internationale  
Angelegenheiten

 **Austrian  
Development  
Agency**

Austrian Development Agency (ADA), die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit  
Zelinkagasse 2, 1010 Wien, Telefon: +43 (0)1 90399-0, office@ada.gv.at, www.entwicklung.at

## Einleitung

Mit einer Armutsquote von 23,2 Prozent gilt Kosovo als eines der ärmsten Länder Europas. Die soziale und wirtschaftliche Lage ist herausfordernd.



Kosovo ist seit 1999 Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Diese unterstützt das Land insbesondere im Bildungssektor und beim nachhaltigen Aufbau der öffentlichen Institutionen im Sinne guter Regierungsführung. Auch die Förderung der Wirtschaft und einer starken Zivilgesellschaft haben Priorität.

## Politische Situation

### Geschichte

Kosovo erklärte am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit. Davor stand das Land unter der Verwaltung der Vereinten Nationen, die nach dem Kosovo-Konflikt 1998/99 eingesetzt worden war. Die Unabhängigkeit Kosovos wird nach wie vor nicht von allen Staaten anerkannt, darunter auch von fünf Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU): Griechenland, Rumänien, Slowakei, Spanien und Zypern. Rund 100 Staaten erkennen die Unabhängigkeit an, so auch Österreich.

### Aktuelle Entwicklungen

Zu den wichtigsten Parteien in Kosovo zählen Vetevendosje („Selbstbestimmung“), die Demokratische Partei (PDK, hervorgegangen aus der sogenannten Kosovarischen Befreiungsarmee UCK), die Demokratische Liga des Kosovo (LDK), die auf den verstorbenen Ex-Präsidenten Ibrahim Rugova zurückgeht, die Allianz für die Zukunft Kosovos (AAK, ebenfalls hervorgegangen aus der UCK) sowie die serbische Einheitsliste Srpska Lista.

BASISDATEN	
Staatsform	Republik
Unabhängigkeit	17. Februar 2008 (Proklamation)
Staatsoberhaupt	Vjosa Osmani-Sadriu (seit 4.4.2021)
Regierungschef	Albin Kurti (seit 22.3.2021)
Außenministerin	Donika Gervalla-Schwarz
Fläche	10.887 km <sup>2</sup>
Bevölkerung	1,79 Mio. (Schätzung 2021), davon ca. 120.000 Serb*innen, Zensus ist für 2023 geplant
Bevölkerungswachstum	-0,24 (2022) (mit negativen Prognosen bis 2050)
Armutsrate	23,2 %
Arbeitslosigkeit	16,6 % (06/2022)
BIP	8,0 Mrd. EUR (2021)
BIP pro Kopf	4.470 EUR (2021)
Reales BIP-Wachstum pro Jahr	10,7% (2021)
Inflation	11,6 % (2022)
Währung	Euro

Quelle:  
<https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/kosovo-wirtschaftsbericht.pdf>

Daneben gibt es noch kleinere Parteien, wie die Neue Kosovo Allianz (AKR), Nisma Socialdemokrater (NISMA), Guxo, sowie Parteien, die die nicht-serbischen Minderheiten vertreten.

Die letzten Parlamentswahlen fanden am 14. Februar 2021 statt. Mit 50,28 Prozent der Stimmen gewann Vetevendosje unter Albin Kurti die Wahl. Kurti war mit Vjosa Osmani-Sadriu in einer gemeinsamen Liste angetreten. Im Wahlkampf bauten sie auf das Motto „Jobs and Justice“. Kurti selbst durfte aufgrund einer bedingten Haftstrafe aus dem Jahr 2018 nicht zur Wahl antreten. Formal wurde die Liste von Vjosa Osmani-Sadriu am 14. Februar 2022 in die Partei Guxo umgewandelt.

Am 22. März 2021 wurde Glauk Konjufca (Vetevendosje) in der konstituierenden Sitzung des Parlaments zum Parlamentspräsidenten gewählt. Am selben Tag wurde die neue Regierung unter Premierminister Albin Kurti angelobt. Vjosa Osmani-Sadriu wurde am 4. April 2021 zur Präsidentin gewählt.

Am 17. Oktober 2021 fanden regionale Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen und am 14. November 2021 die Bürgermeisterstichwahlen statt. Die EU-Wahlbeobachtungskommission stellte eine professionelle Abwicklung fest. Vetevendosje erlitt eine klare Niederlage, die Partei konnte nur vier Gemeinden ohne größere Städte gewinnen. Bürgermeister der Hauptstadt Pristina wurde LDK-Kandidat Perparim Rama. In der zweitgrößten Stadt Prizren gewann ein PDK-Kandidat.

Im November 2022 kam es u.a. zu Rücktritten von kosovo-serbischen Polizist\*innen, Richter\*innen, Staatsanwält\*innen, Bürgermeistern und Gemeinderäten in vier nördlichen, mehrheitlich serbisch besiedelten Gemeinden von Kosovo. Grund der Rücktritte war die Weigerung der mehrheitlich kosovo-serbischen örtlichen Polizei, Maßnahmen gegen für diese Gemeinden ausgestellte serbische KFZ-Kennzeichen umzusetzen. Dies löste erneute Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen aus, die für Dezember 2022 angesetzt waren. Aufgrund der angespannten Sicherheitslage wurden sie verschoben und schließlich am 23. April 2023 abgehalten. Die lokale serbische Bevölkerung boykottierte die Wahlen, die Wahlbeteiligung lag damit bei nur 3,47 Prozent. Nach Vereidigung der neugewählten ethnisch-albanischen Bürgermeister wurde deren Einzug in die Gemeindeämter durch die kosovarische Polizei ermöglicht. Dabei kam es zu Unruhen und gewaltsamen Ausschreitungen in Nord-Kosovo, bei denen am 29. Mai auch mehrere KFOR-Soldat\*innen schwer verletzt wurden. In der Folge spitzte sich die Situation in der Grenzregion weiter zu. Forderungen der EU und der USA, die Bürgermeister und die Polizei aus den Gemeindeämtern abzuziehen und neue Bürgermeisterwahlen mit Beteiligung der kosovo-serbischen Bevölkerung abzuhalten, wurden bisher nicht erfüllt.

## Internationale Präsenz

Die internationale Präsenz in Kosovo wurde mit der Ausrufung der Unabhängigkeit 2008 schrittweise umorganisiert. Seither schrumpfte die Verwaltung der Vereinten Nationen von mehreren Tausend auf rund 370 Angehörige.

Das Büro der Europäischen Union ist mit insgesamt rund 100 Bediensteten vertreten, die die Kosovo-Politik der EU sowie die EU-Programme umsetzen. Die EU-Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX Kosovo verfügt derzeit über etwa 430 Mitarbeiter\*innen. Sie unterstützen den jungen Staat beim Aufbau einer funktionierenden Verwaltung in den Bereichen Justiz, Polizei und Zoll. Das aktuelle Mandat von EULEX wurde bis 14. Juni 2025 verlängert. Die operative Unterstützung des von der EU geförderten Dialogs wurde zum 31. Dezember 2022 an das Büro der Europäischen Union im Kosovo übertragen.

Die Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist mit rund 490 Mitarbeiter\*innen vorwiegend in den Bereichen Demokratisierung und Menschenrechte tätig und auch außerhalb Pristinas sehr präsent. Unter ihr Mandat fällt auch die Unterstützung bei der Durchführung von Wahlen, insbesondere in den serbisch besiedelten Gebieten Kosovos.

Die internationale NATO-Sicherheitspräsenz KFOR besteht derzeit aus rund 3.800 Soldat\*innen (ca. 270 aus Österreich). Als Folge der jüngsten Unruhen in Nord-Kosovo wurden weitere 500 Soldat\*innen aus der Türkei entsandt. Die United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK) ist ebenfalls präsent und ihr Mandat ist in der Resolution 1244 (1999) des UN-Sicherheitsrates definiert. Rund 350 UN-Mitarbeiter\*innen sind in den Bereichen Demokratisierung und Vertrauensbildung, Community Support, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Jugend tätig.

## **Die Arbeit des Sondergerichtshofes für Kriegsverbrechen**

Der Sondergerichtshof für im Kosovokrieg begangene Kriegsverbrechen durch die kosovarische Untergrundarmee UCK hat Anfang 2017 seine Arbeit aufgenommen. Erste Anklagen wurden 2018 erhoben, weitere folgten 2019 und 2020.

Im September 2020 wurde eine erste Verhaftung durch das Special Prosecutor's Office der Kosovo Specialist Chamber angeordnet. Diese betraf Ex-UCK-Kommandant Salih Mustafa. Am 4. bzw. 5. November 2020 kam es zu Verhaftungen von Präsident Hashim Thaci, dem PDK-Vorsitzenden und ehemaligen Geheimdienstchef der UCK Kadri Veseli, dem ehemaligen Parlamentspräsidenten Jakup Krasniqi und dem Vetevendosje-Abgeordneten Rexhep Selimi. Präsident Thaci trat am selben Tag zurück. Am 16. März 2021 wurde Pjetër Shala, Ex-UCK-Kommandant, in Belgien verhaftet. Der erste Prozess gegen Salih Mustafa begann am 15. September 2021 und endete am 16. Dezember 2022 mit einem erstinstanzlichen Urteil (26 Jahre Haft). Das Verfahren gegen die beiden Leiter des Veteranenverbandes, Hysni Gucati und Nasim Haradinaj, endete ebenso mit einem rechtskräftigen Urteil (4 Jahre und 3 Monate), vor allem wegen Zeugeneinschüchterung. Der Prozess gegen Thaci, Veseli, Selimi und Krasniqi hat am 3. April 2023 begonnen.

## **Nachbarschaftliche Beziehungen**

Kosovo nimmt an den meisten regionalen Gremien teil. Das Land pflegt allgemein gute Beziehungen zu Albanien, Montenegro und Nordmazedonien. Bosnien und Herzegowina hat die Unabhängigkeit Kosovos nicht anerkannt und die beiden Länder halten eine strenge Visaregelung aufrecht.

## **Dialog mit Belgrad**

Serbien hat die staatliche Unabhängigkeit der ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens anerkannt, nicht so jene der ehemaligen Autonomen Provinz Kosovo. Um diese Frage zu lösen, wurde 2011 unter Vermittlung der EU ein politischer Dialog zwischen Pristina und Belgrad gestartet. Dabei tritt die EU als Vermittlerin auf, es finden unregelmäßige Treffen auf verschiedenen Ebenen statt. Seit April 2020 ist Miroslav Lajcak EU-Sondergesandter für den Belgrad-Pristina-Dialog. Dieser hat schon einige wichtige Ergebnisse gebracht, etwa gemeinsame Kontrollen an den derzeit sechs Grenzübergängen zwischen Serbien und Kosovo, den Beginn der Zolleinhebung in Nordkosovo, die Installierung von Verbindungsbeam\*innen in Pristina und Belgrad, die Durchführung von Wahlen im gesamten Staatsgebiet Kosovos (inkl. dem Norden), oder die eigene Telefonvorwahl für Kosovo (Ländercode +383) seit 2019.

Im September 2022 präsentierten Deutschland und Frankreich beiden Seiten einen Lösungsvorschlag. Dieser wurde im Laufe des Prozesses von der EU übernommen, adaptiert

und schließlich, mit deutlicher Unterstützung der USA am 27. Februar 2023 von Kosovo und Serbien als „Agreement on the path of normalisation of relations between Kosovo and Serbia“ angenommen, wenn auch nicht unterzeichnet. Am 18. März 2023 wurde in Ohrid in Nordmazedonien eine Einigung auf den darin vorgesehenen Implementierungsannex erzielt, jedoch ebenfalls ohne Unterzeichnung. Das Abkommen wird nunmehr als „Ohrid-Abkommen“ bezeichnet. Es sieht u.a. die Anerkennung von Staatssymbolen und Dokumenten vor. Serbien verzichtet auf Blockaden der Mitgliedschaft Kosovos bei internationalen Organisationen. Kosovo verpflichtete sich, eine Selbstverwaltung für die serbische Minderheit in Kosovo einzurichten. Beide Seiten sollen frühere Dialogvereinbarungen umsetzen, was im Falle Kosovos insbesondere die seit Langem von Serbien geforderte Einrichtung eines Verbandes mehrheitlich serbisch besiedelter Gemeinden bedeutet. Ständige Vertretungen in Belgrad und Pristina sollen geschaffen und der Status der serbisch-orthodoxen Kirche in Kosovo formalisiert werden. Das Abkommen hat allerdings bisher keine Wirkung entfaltet. Durch die zunehmenden Spannungen in Nord-Kosovo sind Gespräche zur Umsetzung zum Erliegen gekommen. Umsetzungsschritte sind frühestens nach Entspannung der Situation in Nord-Kosovo zu erwarten.

### **Kosovo und die Europäische Union**

Im Zentrum der kosovarischen Außenpolitik steht die schrittweise Integration in das euroatlantische Gefüge. Am 1. April 2016 trat das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen in Kraft. Es ist die erste vertragliche Beziehung zwischen Kosovo und der EU, wobei es sich um ein „EU-only“-Abkommen handelt, da fünf EU-Mitgliedsstaaten die Unabhängigkeit Kosovos weiterhin nicht anerkennen.

Im Juli 2018 bestätigte die EU-Kommission, dass Kosovo alle ausstehenden Anforderungen und Vorgaben des Fahrplans für die Visaliberalisierung erfüllt hat. Das Europäische Parlament stimmte ebenfalls für die Aufhebung der Visumpflicht für kosovarische Staatsbürger\*innen. Eine Einigung der EU-Mitgliedsstaaten auf die Visaliberalisierung ab spätestens 1. Jänner 2024 wurde Ende 2022 nach jahrelangen und zähen Verhandlungen erreicht. Am 15. Dezember 2022 stellte Kosovo ein EU-Beitrittsansuchen, das bisher jedoch nicht weiterbehandelt wurde.

Auf seinem Weg in die EU muss Kosovo bei der Umsetzung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens weiter vorankommen. Der Länderbericht der EU-Kommission aus dem Jahr 2022 stellt Mängel in der Umsetzung, aber auch einige Fortschritte fest: Der Großteil des Berichtszeitraums, der sich auf das Jahr 2022 bezieht, war zwar von politischer Stabilität geprägt, da die regierende Vetevendosje über eine solide Mehrheit im Parlament verfügt. Die Arbeit des Parlaments wurde allerdings durch eine polarisierte politische Atmosphäre und Schwierigkeiten bei der Erreichung der Beschlussfähigkeit erheblich beeinträchtigt. So war die Regierungspartei und ihre legislative Agenda teils schlecht organisiert und Mitglieder der Opposition enthielten sich oft der Stimme, um die Verabschiedung von Gesetzen zu verhindern. Das Justizsystem befindet sich ebenfalls in einem frühen Stadium der Entwicklung und die Justizverwaltung arbeitet nach wie vor langsam und ineffizient und ist anfällig für politische Einflüsse. Positiv anzumerken sind eingeleitete Schritte zur Umsetzung der Strategie und des Aktionsplans zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit und zur Reform des Rechtsrahmens für das Strafverfolgungssystem. Kosovo befindet sich ebenfalls in einem frühen Stadium bei der Korruptionsbekämpfung, mit der Verabschiedung einiger wichtiger Rechtsvorschriften zur Korruptionsbekämpfung wurden lediglich einige wenige Fortschritte erzielt.

Kosovo zeigte hingegen Engagement beim Kampf gegen Geschlechterungleichheit. Es muss allerdings mehr getan werden, um die Rechte von Angehörigen von Minderheiten, insbesondere Roma, Aschkali und Ägypter zu gewährleisten. Bei der Verbesserung der

Qualität der Bildung und der Behebung von Qualifikationsdefiziten auf dem Arbeitsmarkt wurden ebenfalls nur geringe Fortschritte erzielt.

Auch die Marktwirtschaft in Kosovo ist noch nicht voll entwickelt. Die Wirtschaft hat sich während der Pandemie als widerstandsfähig erwiesen, dennoch behindern strukturelle Probleme wie die weit verbreitete informelle Wirtschaft, Korruption und die insgesamt schwache Rechtsstaatlichkeit weiterhin den Privatsektor. Kleine Fortschritte gibt es im öffentlichen Beschaffungswesen, im Bereich Statistik und Finanzkontrolle sowie bezüglich freien Warenverkehrs, Kapitalverkehrs, Gesellschaftsrechts und geistigen Eigentums. Moderat kommt das Land bei der Freizügigkeit der Arbeitnehmer\*innen, bei den Dienstleistungen und beim Niederlassungsrecht sowie bei den Finanzdienstleistungen voran.

Am 12. Mai 2022 stellte Kosovo ein Beitrittsansuchen an den Europarat. Am 24. April 2023 wurde das Beitrittsansuchen an die Parlamentarische Versammlung weitergeleitet.

## Wirtschaft

Wie die übrigen Westbalkanstaaten erholte sich Kosovo 2021 von der pandemiebedingten Rezession. Dank des starken privaten Konsums, der Erholung des Tourismus (insbesondere durch Heimaturlaube der Auslands-Kosovar\*innen) und des starken Zuwachses bei den Überweisungen der kosovarischen Diaspora wuchs die Wirtschaftsleistung Kosovos 2021 real um 10,7 Prozent. Im vierten Quartal verlangsamte sich das Wachstum jedoch bereits aufgrund der steigenden Energie- und Rohstoffpreise. Für 2022 rechnen die Wirtschaftsforscher\*innen für Kosovo mit einem Anstieg des BIP um rund 3,3 Prozent, mit privatem Konsum, Handel und Export als Wachstumsmotoren. Im ersten Halbjahr 2022 stieg das BIP real um 3,2 Prozent, wobei die stärksten Impulse vom Finanzdienstleistungssektor, dem Groß- und Einzelhandel sowie dem Bereich Produktion/Bergbau/Energie kamen. Rückläufig waren 2022 hingegen die Investitionen, obwohl viele Bauprojekte umgesetzt wurden und viele Unternehmer\*innen ihre Fertigungskapazitäten erweiterten.<sup>1</sup>

Die Teuerung und die Energiekrise sind auch in Kosovo spürbar. Obwohl das Land über die fünfgrößten Braunkohlevorkommen der Welt verfügt, ist es aufgrund veralteter Kraftwerke nicht in der Lage, den nationalen Energiebedarf zu decken und auf Energieimporte angewiesen. Darüber hinaus deckt Kosovo nur 30 Prozent des nationalen Nahrungsmittelbedarfs, obwohl fast 60 Prozent des Territoriums auf landwirtschaftliche Flächen entfällt, 62 Prozent der Bevölkerung in ländlichen Gebieten leben und die Landwirtschaft 2020 fast 8 Prozent des nationalen BIP erzielt hat.

Die Inflation erreichte 2022 11,6 Prozent, während die Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln ein dramatisches Niveau erreichten. Die Preise für Öl stiegen um 44 Prozent, für feste Brennstoffe und Brennholz um 34,8 Prozent, für Brot und Getreide um 25,2 Prozent, für Milch, Käse und Eier um 22 Prozent, für Fleisch um 17,4 Prozent, für Zucker um 17 Prozent und für Kaffee und Tee um 14,2 Prozent.

Dazu kommt, dass Kosovo auch mit einer Arbeitslosenrate von 49 Prozent unter Jugendlichen im Alter zwischen 15–24 Jahren zu kämpfen hat. Davon sind 29,8 Prozent weder arbeitend, noch in Aus- oder Fortbildung. Da jede\*r zweite Einwohner\*in unter 25 Jahren ist, stellt dies eine der größten Herausforderungen des Landes dar. Qualifikationsdefizite und erhebliche geschlechtsspezifische Diskrepanzen auf dem Arbeitsmarkt verschlimmern die prekäre Lage zusätzlich. (Der Unterschied der Beschäftigungsquote zwischen Männern und Frauen beträgt 27 Prozent und ist somit der höchste in der Region des Westbalkan.)

---

<sup>1</sup> Außenwirtschaft, Wirtschaftsbericht Kosovo, Stand November 2022

## Menschenrechtssituation

Der Länderbericht der EU-Kommission aus dem Jahr 2022 räumt Kosovo ein, dass der Rechtsrahmen den Schutz der Grund- und Menschenrechte im Großen und Ganzen garantiere. Dieser steht im Einklang mit den europäischen Standards. Die Umsetzung kommt jedoch oft nur schleppend voran. Die Regierung muss die Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte und der Minderheiten sowohl auf zentraler als auch auf lokaler Ebene besser koordinieren und Grundrechtsfragen müssen einen höheren Stellenwert auf der politischen Agenda erhalten. Das neue Amt des stellvertretenden Premierministers für Menschenrechte und Gemeinschaften bietet hierfür die Möglichkeit. Es mangelt jedoch nach wie vor an personellen und finanziellen Ressourcen und die zuständigen Behörden sind von der finanziellen Unterstützung internationaler Geber abhängig.<sup>2</sup>

Zu den größten Problemen des Landes zählen überbordende Bürokratie, Korruption und vor allem mangelnde Rechtssicherheit. Laut dem jüngsten Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International wurden im vergangenen Jahr Verschlechterungen verzeichnet. Demnach erhält Kosovo 41 von 100 möglichen Punkten – zwei weniger als im Jahr 2021 – und rangiert auf Platz 84 von 180 Ländern.<sup>3</sup> Die Zukunft des jungen Staates hängt maßgeblich von weiteren inneren Reformen im Sinne guter Regierungsführung ab.

## Entwicklungspolitik

Erklärte Ziele Kosovos sind die EU-Integration und die UN-, Interpol- und NATO-Mitgliedschaft. Sämtliche Politikbereiche Kosovos sind von diesen Zielen bestimmt. Herausforderungen dabei sind nach wie vor schwache Institutionen, weitverbreitete Korruption und mangelnde Rechtsstaatlichkeit, politische Einflussnahme sowie Uneinigkeit der EU bzw. ihrer Mitgliedsstaaten. Dazu kommt, dass Kosovo ein relativ kleines Land ist, in dem relativ viele Geber tätig sind und eine von der Regierung gelenkte Geberkoordinierung noch nicht existiert. Eine solche sollte sicherstellen, dass verschiedene Projekte und Programme miteinander abgestimmt sind und Überschneidungen vermieden werden. Es gibt allerdings von der EU koordinierte regelmäßige Treffen der Geber. Diese treffen sich auch informell und tauschen nötige Informationen aus.

Im November 2022 hat die kosovarische Regierung beschlossen, die fertig ausgearbeitete Nationale Entwicklungsstrategie 2030 mit dem neuen Nationalen Entwicklungsplan zusammenzuführen, um „die Abstimmung der strategischen Dokumente zu gewährleisten und ein besseres Monitoring und bessere Berichterstattung sicherzustellen“.

Inhaltlich konzentriert sich der Nationale Entwicklungsplan weiterhin auf vier Hauptsäulen:

- Nachhaltiges und schnelles Wirtschaftswachstum
- Gerechte Gesellschaft und menschliche Entwicklung
- Starke Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit
- Gute Regierungsführung

Die neue Bildungsstrategie sowie ein neuer Entwurf des Hochschulgesetzes wurden verabschiedet. Die Austrian Development Agency (ADA), die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, war maßgeblich an deren Ausarbeitung beteiligt. Darüber hinaus ist die ebenfalls von der ADA unterstützte Ausarbeitung des National Organic Agriculture Plan sowie der Strategy for Advisory Service for Agriculture abgeschlossen. Die Regierung hat Ende 2022 außerdem einen Entwurf für ein Gesetz gegen häusliche Gewalt präsentiert.

<sup>2</sup> [https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/kosovo-report-2022\\_en](https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/kosovo-report-2022_en)

<sup>3</sup> <https://www.transparency.org/en/cpi/2022/index/ksv>

## Entwicklungszusammenarbeit zwischen Österreich und Kosovo

Österreich ist ein langjähriger, enger Partner Kosovos. Diese Verbundenheit geht auf die Geschichte zurück und auf das Bemühen Österreichs um eine europäische Perspektive für die Region, die Unterstützung seit den schwierigen 1990er-Jahren und die Anerkennung der Eigenstaatlichkeit Kosovos im Jahr 2008.

Kosovo ist seit 1999 Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Seit der Unabhängigkeit Kosovos und der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen am 20. März 2008 gibt es in Pristina eine Österreichische Botschaft und ein Auslandsbüro der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Vor 2008 war dieses eine Außenstelle des Auslandsbüros in Belgrad.

Anfänglich konzentrierte sich die Kooperation vor allem auf Notmaßnahmen in den Bereichen Basisinfrastruktur (Wasser, Straßen, etc.) und humanitäre Hilfe, später vermehrt auf Bereiche wie Bildung, Demokratisierung und Menschenrechte sowie wirtschaftliche Entwicklung, vor allem im ländlichen Raum.

Aktuell unterstützt Österreich insbesondere:

- den Bildungssektor mit dem Schwerpunkt auf höhere Bildung und Berufsbildung,
- die Entwicklung des Privatsektors einschließlich der ländlichen Entwicklung und der Landwirtschaft (etwa die Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben und des Arbeitsmarktes)
- und eine starke Zivilgesellschaft.

Die gegenwärtige Phase der Transformation ist bedeutend für die Entwicklung demokratischer Werte sowie die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und Gender-Mainstreaming, die Entwicklung des Minderheitenschutzes und der Minderheitenrechte, der für den Arbeitsmarkt relevanten Berufsausbildung, des Bologna-Prozesses im Bereich Universitätsausbildung, der Rechtsstaatlichkeit und einer funktionierenden Marktwirtschaft.

## Österreichs Entwicklungshilfeleistungen an Kosovo

Die gesamten öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs<sup>4</sup> (ODA) an Kosovo beliefen sich von 2008 bis 2022 auf 144,11 Millionen Euro. Davon machte der Anteil der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA)<sup>5</sup> 41,59 Millionen Euro aus.<sup>6</sup>

### ODA Österreichs an Kosovo, Auszahlungen in Millionen Euro

	2018	2019	2020	2021	2022
bilaterale ODA gesamt an Kosovo in Mio. Euro	7,08	10,97	9,22	9,38	7,51
in % der ges. bilateralen ODA	1,72	2,75	2,05	1,62	0,73
OEZA an Kosovo in Mio. Euro	2,70	3,31	3,33	4,43	2,88
OEZA an Kosovo in % der ges. OEZA-Leistungen	2,35	2,66	2,58	3,03	2,01

Quelle: ADA-Statistik

<sup>4</sup> Official Development Assistance: Öffentliche Gelder von Ministerien sowie öffentlicher Institutionen auf gesamtstaatlicher, teilstaatlicher und kommunaler Ebene (z.B. Bundesländer, Städte und Gemeinden)

<sup>5</sup> Kernbudget (OEZA/ADA und OEZA/BMEIA)

<sup>6</sup> Werte bis 2017: Netto-Auszahlungen, ab 2018: Zuschussäquivalent (ausgenommen Privatsektoringstrumente)



## Projektbeispiele

### Gerüstet für den Job

Das Gesamtziel des Projekts „Aligning education with labour market needs“ war die Verringerung der Armut durch eine höhere Erwerbsbeteiligung und eine bessere Beschäftigungsfähigkeit der jungen Bevölkerung in Kosovo. Das Projekt verbesserte die Bildungsprogramme von berufsbildenden Schulen und Hochschulen sowie die Qualität der beruflichen Lehre. Das soll längerfristig die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen.

Eine eingehende Analyse des kosovarischen Arbeitsmarktes machte die Sektoren IT, Landwirtschaft, Lebensmittelverarbeitung und Maschinenteknik ausfindig. In diesen Bereichen ist das Potenzial an Arbeitsplätzen landesweit am höchsten. Das Projekt konzentrierte sich demnach darauf, die Ausbildungen für diese Bereiche gezielter auszurichten und zu verbessern. Neben systemischen Reformen erhielten ausgewählte Schulen etwa Werkstätten, damit die Schüler\*innen praktische Erfahrungen sammeln können.

Ungefähr 15.000 Studierende an 22 Berufsschulen (30 Prozent aller Berufsschulen des Landes) profitieren von Maßnahmen des Projektes.

### Platz für Minderheiten

Das übergeordnete Ziel des Projekts „Empowerment of Kosovo vulnerable communities through better and equal access to labour market“ ist es, Jugendlichen der Roma-, Aschkali- und ägyptischen Gemeinschaften den Zugang zu integrierter beruflicher Bildung zu ermöglichen. Sie sollen das Wissen und Fähigkeiten erhalten, die ihnen den Übergang ins Erwachsenenalter und in eine menschenwürdige und nachhaltige Arbeit sicherstellen.

Dieses Projekt wird mit insgesamt 12.850 jungen Menschen, die 13 Schulen in sieben Gemeinden von Kosovo besuchen, zusammenarbeiten, 1.450 davon sind Roma, Aschkali und Ägypter. Darüber hinaus werden 2.200 Eltern bzw. Betreuer\*innen sowie 500 Lehrer\*innen aus den genannten 13 Schulen von diesem Projekt profitieren.

### Innovation für Jugendbeschäftigung

Die neue Partnerschaft mit UNICEF „Shaping a brighter Future 4 Youth in Kosovo through Public-Private Partnerships“ möchte junge Menschen in Kosovo befähigen, kompetente und verantwortungsvolle Bürger\*innen zu werden. Heranwachsende Jugendlichen sollen den Raum und die Möglichkeiten erhalten, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und den Übergang von der Schule ins Berufsleben gut zu meistern. Sie sollen in der Lage sein, sich aktiv als Akteure des sozialen Wandels in ihren jeweiligen Gemeinden zu engagieren.

Insgesamt 12.500 junge Menschen werden an dem Projekt beteiligt sein. Dafür werden unter anderem kompetenzbasierte Lehrpläne an Schulen erstellt und etwa digitale und IT-Kenntnisse der Jugendlichen verbessert.

### Hochschulen für Entwicklung

Das Hauptziel des Projekts ist es, das Hochschul- und Forschungssystem in Kosovo dabei zu unterstützen, internationaler, kohärenter, effektiver und effizienter zu werden. Absolvent\*innen sollen nach ihrem Studium bessere Beschäftigungsmöglichkeiten haben. Außerdem soll das Wissen, das von Universitäten ausgeht, auch außerhalb des akademischen Umfelds zum Nutzen der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft beitragen.

#### Vertragspartner:

EU

#### Lokaler Partner:

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Technologie und Innovation, Ministerium für Arbeit und Soziale Wohlfahrt, Universität Pristina, 22 Berufsschulen, 2 Berufszentren

#### Laufzeit:

02/2015–09/2023

#### OEZA-Beitrag:

700.000 Euro

#### EU-Beitrag:

3,8 Mio. Euro

#### Vertragspartner:

Safe The Children

#### Lokaler Partner:

Nevo Koncepti  
Syri i Vizionit

#### Laufzeit:

36 Monate ab Genehmigung (aktuell in Genehmigung)

#### OEZA-Beitrag:

1,2 Mio. Euro

#### Vertragspartner:

United Nations  
Children's Fund  
New York

#### Lokaler Partner:

IPKO Foundation,  
YMCA in Kosovo, Kosovo Corporate Social Responsibility (CSR) Network,  
Domovik

#### Laufzeit:

36 Monate ab Genehmigung (aktuell in Genehmigung)

#### OEZA-Beitrag:

1,5 Mio. Euro

Das Projekt konzentriert sich vor allem auf drei Ebenen:

1. Politische Ebene - Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit und der Politik in den Bereichen Hochschulbildung sowie Forschung und Innovation: Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Technologie und Innovation soll Strategien für Hochschulbildung und Forschung nach europäischen Standards entwickeln und umsetzen können. Die Akkreditierungsagentur in Kosovo, die wichtigste Qualitätssicherungsstelle für Hochschulen, soll die wichtigsten Empfehlungen des Europäischen Netzwerks der Qualitätssicherungsagenturen umsetzen.
2. Hochschulebene - Stärkung der höheren Bildungseinrichtungen: Die Strategiepläne der öffentlichen Universitäten werden überprüft und (weiter-)entwickelt. Entscheidungsprozesse sollen in Folge immer auf diesen Strategien basieren und besser zu einem wettbewerbsfähigen Hochschulsektor und zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung in Kosovo beitragen.
3. Forschungsebene - Stärkung der Forschungskapazitäten: Fakultäten, Institute sowie Einzelforscher\*innen sollen sich verstärkt an internationalen Forschungsoperationen beteiligen. Lehre und Forschung sollen sich durch Stipendien und Forschungsprojekte verbessern.

Direkt vom Projekt profitieren 200 Personen: Mitarbeiter\*innen des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Technologie und Innovation, vor allem im Fachbereich für Hochschulbildung, Technologie und Innovation. Weiters auch das Ministerkabinett, Mitarbeitende des Strategieplanungsbüros der Regierung und Akteur\*innen der Akkreditierungsagentur in Kosovo.

#### **Hochschulen mit internationalem Niveau**

Aufbauend auf den Ergebnissen und den Erfahrungen eines Vorgängerprojektes verfolgt das Projekt „Higher Education Intervention“ das Ziel, die Qualität, Effektivität und Wettbewerbsfähigkeit des Hochschulsektors zu verbessern. Es fördert die wichtigsten qualitätsbezogenen Maßnahmen und Prozesse wie Rechenschaftspflicht, Transparenz, akademische Integrität, Digitalisierung und studentisches Engagement. Akademisches Personal bekommt technische und fachliche Unterstützung und Beratung.

Das Projekt stärkt die Akkreditierungsagentur in Kosovo. Diese beaufsichtigt die Anbieter von Hochschulstudien im Land und berät das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Technologie. Die Mitarbeiter\*innen der Agentur erhalten etwa Schulungen. Die Expertise der Agentur verbessert sich unter anderem durch das Wissen internationaler und lokaler Fachexpert\*innen. Das Projekt soll auch dazu beitragen, die Rechtsvorschriften im akademischen Bereich, etwa das kosovarische Hochschulgesetz, zu verbessern. Hierfür werden neue akademische Vorschriften, Verfahren und Praktiken entwickelt und umgesetzt. Darüber hinaus unterstützt das Projekt auch die Student\*innenvereinigungen, sich aktiv für Standards in den Bereichen Transparenz, Integrität und Rechenschaftspflicht im Hochschulsektor einzusetzen.

#### **Nachhaltige und integrative ländliche Wirtschaftsentwicklung**

Der Landwirtschaftssektor in Kosovo ist gekennzeichnet von eingeschränkten Produktionskapazitäten, einem niedrigen Organisationsniveau und vom Mangel an Zugang zu Fachwissen. Auch der Klimawandel und daraus resultierende Umweltrisiken haben einen negativen Einfluss.

Durch den sogenannten „Market Systems Development“-Ansatz leistet das Projekt einen Beitrag zu nachhaltigeren und integrativeren Marktsystemen. Es zielt darauf ab, dass Produzent\*innen an bestehenden Marktsystemen besser teilnehmen können. Ihr Einkommen und ihre Produktivität sollen sich langfristig erhöhen. Auch weiterverarbeitende Betriebe

#### **Vertragspartner:**

World University Service

#### **Lokaler Partner:**

Ministerien für Unterricht, Wissenschaft und Technologie und die staatliche Universität Kosovo

#### **Laufzeit:**

11/2016–12/2023

#### **OEZA-Beitrag:**

2,5 Mio. Euro

#### **Vertragspartner:**

Kosova Education Center (KEC) und Organization for Improvement of the Quality of Education (ORCA)

#### **Laufzeit:**

11/2022–10/2025

#### **OEZA-Beitrag:**

1,4 Mio. Euro

#### **Vertragspartner:**

Caritas Switzerland (CACH)

#### **Laufzeit:**

03/2020–09/2023

#### **OEZA-Beitrag:**

2,5 Mio. Euro

und Händler sollen durch steigende grenzüberschreitende Handels- und Exportmöglichkeiten ihre Einnahmen verbessern.

Produzent\*innen lernen, welche klimaresistenten landwirtschaftlichen Praktiken es gibt. Es soll der Einsatz ökologisch nachhaltiger Betriebsmittel und Dienstleistungen etabliert werden, die sich stimulierend auf die landwirtschaftliche Produktion auswirken und Exportmöglichkeiten begünstigen. So leistet das Projekt einen signifikanten Beitrag zur Armutsminderung für die ländliche Bevölkerung.

Das Projekt baut auf drei Projekten der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in der ländlichen Entwicklung auf, die im Jänner 2020 erfolgreich abgeschlossen wurden. Die Zielgruppe dieser Projekte waren Kleinbäuer\*innen. Dadurch greift die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in Kosovo heute auf großes institutionelles Wissen in den Bereichen Kapazitäts- und Organisationsentwicklung, ökologische Landwirtschaft und Zertifizierung sowie Entwicklung von Marktsystemen zurück.

#### **Besserer Marktzugang für Unternehmen**

Aufbauend auf den Ergebnissen und den Erfragungen eines Vorgängerprojektes verfolgt dieses Projekt das Ziel, zu einer nachhaltigen, widerstandsfähigen und integrativen Entwicklung des Privatsektors von Kosovo beizutragen, der die Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen für die armen und benachteiligten Bevölkerungssichten gewährleistet.

Die Maßnahmen richten sich an Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen (KKMU) und sollen ihnen unter anderem Zugang zu Finanzmitteln für innovative und unternehmerische Ideen ermöglichen sowie Unterstützungen im Bereich Digitalisierung anbieten. Der Schwerpunkt liegt auf der Inklusion und wirtschaftlichen Stärkung von besonders benachteiligten Frauen und Männern.

Als Ergebnis des Projektes sollen 300 Arbeitsplätze geschaffen bzw. erhalten sein, mehr als 10.000 KKMU werden von diesem Projekt profitieren.

#### **Hilfe für marginalisierte Frauen in ländlichen Gebieten**

Eine bessere Position von Frauen in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt in den Regionen Pristina und Ferizaj – das ist das Ziel des Projekts „Improved Self-Employment & Employment Opportunities“. Die verstärkte Zusammenarbeit mit öffentlichen Institutionen auf zentraler und lokaler Ebene und anderen arbeitsmarktrelevanten Akteuren soll es Frauen ermöglichen, einen Job zu finden oder selbstständig tätig zu werden. 230 Frauen erhalten Berufsausbildungen, 30 Jungunternehmerinnen sollen dazu befähigt werden, ein eigenes Unternehmen zu gründen. Dafür erhalten sie etwa besseren Zugang zu Finanzmitteln.

#### **Gleichheit säen**

Besonders in ländlichen Gebieten des Landes ist die Armut groß. Frauen sind davon meist am meisten betroffen, oft sind sie auch häuslicher Gewalt ausgesetzt. Das Projekt „Seeding equality for lasting change: Promoting Rural Women's Empowerment in Kosovo“ möchte genau diese marginalisierten Frauen stärken. Durch gezielte wirtschaftliche Stärkung soll sich ihre Situation bessern und sie Hoffnung auf ein selbstständiges und menschenwürdiges Leben erhalten.

**Vertragspartner:**  
CARE, Österreich, Verein für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe  
**Lokaler Partner:**  
EClKS Management Consulting LLC  
**Laufzeit:**  
01/2023–06/2026  
**OEZA-Beitrag:**  
1,8 Euro

**Vertragspartner:**  
Kosova Women 4 Women (KW4W)  
**Laufzeit:**  
11/2019–03/2023  
**OEZA-Beitrag:**  
1.150.000 Euro

**Vertragspartner:**  
Food and Agriculture Organization (FAO)  
**Lokaler Partner:**  
UNWOMEN  
**Laufzeit:**  
09/2023–08/2026  
(aktuell in Genehmigung)  
**OEZA-Beitrag:**  
1 Mio. Euro

### **Starkes Frauennetzwerk**

Das von der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit unterstützte Kosovo Womens Network (KWN) ist darum bemüht, geschlechtsspezifische Ungleichheiten in Kosovo zu beseitigen. Es konzentriert sich dabei insbesondere auf die Stärkung der feministischen Bewegung in Kosovo und der ganzen Region, die Verbesserung des Zugangs von Frauen und Mädchen zu Gesundheitsversorgung, die Beseitigung häuslicher Gewalt sowie verbesserten Zugang zu Bildung.

Rund 10.000 Frauen und Mädchen und 2.300 Männer und Burschen sowie 158 kleine Frauenrechtsorganisationen sollen von den Maßnahmen des Projektes profitieren.

### **Qualitätsjournalismus für mehr Transparenz**

Das Balkan Investigative Reporting Network (BIRN) ist eine der bekanntesten und bestvernetzten zivilgesellschaftlichen Organisationen Südosteuropas für investigativen Journalismus. Von Kosovo ausgehend setzte BIRN mit Unterstützung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit eine Initiative für mehr Transparenz in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Moldau, Montenegro und Serbien um.

Dabei ging es darum, das Fehlverhalten von Regierungen, öffentlichen und privaten Unternehmen sowie von Einzelpersonen aufzudecken und diese Informationen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dafür erstellte BIRN frei zugängliche Datenbanken mit Dokumenten öffentlichen Interesses. Außerdem bildete es Medienvertreter\*innen in investigativem Journalismus aus. Davon profitierten rund 85 erfahrene Journalist\*innen sowie 30 Studierende des Lehrgangs Journalismus der Universität Pristina.

### **Gründung einer kosovarischen Computergesellschaft**

Das Projekt zielt darauf ab, den IKT-Sektor in Kosovo zu stärken, um zur Schaffung von Einkommen und Ausbildungsmöglichkeiten beizutragen. Darüber hinaus trägt das Projekt zur Stärkung des kosovarischen Privatsektors bei.

Das Ziel des Projekts ist es, mit Hilfe einer neugegründeten kosovarischen Computergesellschaft Möglichkeiten zur (Weiter-)Bildung, beruflichen Entwicklung und Vernetzung innerhalb und außerhalb des IKT-Sektors anzubieten. Dies soll zu einem Anstieg des Einkommens und neuen Arbeitsplätzen im kosovarischen IKT-Sektor führen. Darüber hinaus soll die Computergesellschaft die Interessen des IKT-Sektors vertreten.

Rund 4.000 Fachleute aus dem IKT-Sektor sollen von diesem Projekt profitieren sowie auch rund 500 lokale IKT-Unternehmen und -Institutionen, 22 IKT-Universitäten und -Hochschulen und 20 Berufsbildungseinrichtungen.

**Vertragspartner:**  
Kosovo Womens  
Network  
**Laufzeit:**  
03/2021–02/2025  
**OEZA-Beitrag:**  
700.000 Euro

**Vertragspartner:**  
Balkan Investiga-  
tive Reporting  
Network  
**Laufzeit:**  
10/2013–03/2023  
**OEZA-Beitrag:**  
650.000 Euro

**Vertragspartner:**  
Austrian Compu-  
ter Society (ÖCG)  
**Laufzeit:**  
01/2022-12/2023  
**OEZA-Beitrag:**  
382.582 Euro

## Service

### Wichtige Adressen

**Österreichische Botschaft Pristina**  
Ahmet Krasniqi 22, Arberia/Dragodan I,  
10000 Pristina  
Tel.: +383 38 24 92 84  
Fax: +383 38 24 92 85  
E-Mail: [pristina-ob@bmeia.gv.at](mailto:pristina-ob@bmeia.gv.at)  
[www.aussenministerium.at/pristina](http://www.aussenministerium.at/pristina)

**Koordinationsbüro für Technische Zusammenarbeit der Österreichischen Botschaft Pristina**  
Str. Gjergj Balsha 8, Arberia 1/Dragodan I, 10000 Pristina  
Tel.: +383 38 248 151  
Fax: +383 38 248 151  
E-Mail: [pristina@ada.gv.at](mailto:pristina@ada.gv.at)

**Botschaft der Republik Kosovo**  
Goldegggasse 2/14  
1040 Wien  
Tel.: +43 1 5031177  
Fax: +43 1 503177-20  
[embassy.austria@rks-gov.net](mailto:embassy.austria@rks-gov.net)

**Konsularabteilung**  
Goldegggasse 2/13  
1040 Wien  
Tel.: +43 1 5047400  
Fax: +43 1 5047400-20  
[consulate.vienna@rks-gov.net](mailto:consulate.vienna@rks-gov.net)

### Links

**Österreichische Entwicklungszusammenarbeit**  
<https://www.entwicklung.at/laender/suedosteuropa/kosovo/>

**Österreichische Botschaft Pristina**  
<http://www.bmeia.gv.at/botschaft/pristina.html>

**Reiseinformation Kosovo (Republik Kosovo)**  
<https://www.bmeia.gv.at/reise-aufenthalt/reiseinformation/land/kosovo/>

**Regierungsportal Kosovo**  
<https://www.rks-gov.net/EN/f43/republic-of-kosovo/government>

**EU in Kosovo**  
<http://eeas.europa.eu/delegations/kosovo>

**OSZE-Mission in Kosovo**  
<http://www.osce.org/kosovo>

**United Nations Mission in Kosovo**  
<https://unmik.unmissions.org/>

**UNDP Kosovo**  
<http://www.ks.undp.org>

**KFOR**  
<https://shape.nato.int/ongoingoperations/nato-mission-in-kosovo-kfor->  
<http://www.bundesheer.at/ausle/kfor/index.shtml>

**Nachrichtenportale**  
<http://kallxo.com> / <http://www.koha.net> / <http://zeri.info> / <http://prishtinainsight.com/>

Feldfunktion geändert

Feldfunktion geändert

Feldfunktion geändert

Feldfunktion geändert

Feldfunktion geändert

Feldfunktion geändert

Feldfunktion geändert